



Anwohner des Mohns Park demonstrieren gestern vor der Sitzung des Ausschusses in der Stadthalle sowohl gegen die geplante Teilbebauung des Jahnplatzes als auch für den Erhalt des gewachsenen Gebietscharakters in ihrem Quartier. FOTO: JENS DÜNHÖLTER

Stadt greift bei Neubauten steuernd ein

Die Quartiersinitiative Mohns Park darf sich über einen ersten Erfolg freuen. Für Teile des Wohngebietes soll ein Bebauungsplan inklusive Veränderungssperre aufgestellt werden. Trotzdem gibt es neuen Ärger.

Rainer Holzkamp

■ **Gütersloh.** Die Quartiersinitiative Mohns Park, die sich vehement für den Erhalt des Charakters ihrer Siedlung einsetzt, hat Grund zur Freude und Erleichterung. Für erste Teile des großen Areals zwischen Schillstraße und B 61 sowie Brockhäger Straße und Kahlerstraße soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden, inklusive Veränderungssperre. Die Verwaltung wurde vom Ausschuss für Planung, Bauen und Immobilien beauftragt, einen Entwurf zu erarbeiten.

Das bedeutet freilich nicht, dass dort vorerst gar keine neuen Bauvorhaben mehr möglich sind. Allen Fraktionen war sehr daran gelegen zu betonen, eine maßvolle, gebietsvertragliche Nachverdichtung könne trotz Veränderungssperre durchaus realisiert werden. Als Bedingungen dafür

kommen nach Ansicht der Grünen neben einem Erhalt der Gebietscharakters auch der Erhalt der vorhandenen der Grünzüge und der Wohn- und Lebensqualität in Frage.

Insbesondere Letzteres sieht die Quartiersinitiative stark gefährdet. Sie verweist auf Neubauten, die das bestehende Umfeld geradezu in den Schatten stellen, Grün verdrängen und zu viel neuen Verkehr auslösen würden. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, versammelten sich wenige Dutzend Anwohner vor der Sitzung des Ausschusses mit Transparenten vor dem Tagungsort Stadthalle.

Drinne wurde freilich nicht der Anwohnerantrag in Sachen Bebauungsplan und Veränderungssperre diskutiert, sondern der fast inhaltsgleiche der BfGT. Von der CDU wurde dieser rundweg abgelehnt, weil der vorgeschlagene

Geltungsbereich viel zu groß sei, wie Detlev Kahmen monierte. „Nicht umsetzbar.“

Birgit Niemann-Hollatz (Grüne) stimmte zu und schlug zugleich vor, sich zunächst auf die Arndt- und die Yorkstraße sowie deren direktes Umfeld zu konzentrieren. Die Verwaltung könne jedoch am besten beurteilen, wo der Druck am größten sei.

Was zuletzt an Nachverdichtung erfolgt sei, gehe vielen Anwohnern deutlich zu weit, konstatierte Thomas Krümpelmann (SPD). Aber eine zweigeschossige Bebauung mit begrenzter Zahl von Wohneinheiten sei durchaus zumutbar.

Auch das damit zusammenhängende Thema Jahnplatz wurde angesprochen. Stadtbaurätin Nina Herrling sagte, niemand müsse Sorge haben, dass morgen die Bagger anrückten. Derzeit gebe es für das

Areal gar keine Baurechte.

Ärger gab es unterdessen trotzdem. So kritisierte die Anwohnerinitiative gegenüber der NW, dass ihr von Ende Februar datierender Bürgerantrag zum Erhalt des Erscheinungsbilds gestern nicht auf der Tagesordnung stand – der viel später eingereichte fast inhaltsgleiche Antrag der BfGT-Fraktion zum gleichen Thema aber schon.

„Wo liegt der Unterschied in der Behandlung von Bürgeranträgen und politischen Anträgen?“, will die Initiative um Corinna Flöttmann und Anke Knopp wissen. Die Verwaltung hatte im Vorfeld der Sitzung zwar schriftlich und in einer Videokonferenz den Anwohnervertretern erläutert, dass aufgrund der einzuhaltenden Fristen für die Einladung eine Beratung in der Sitzung am 18. Mai nicht möglich sei. Doch damit gibt sich

die Initiative nicht zufrieden.

Sie sagt: Am Tag der Übergabe von Unterschriftenlisten am 4. März an den Bürgermeister sei mitgeteilt worden, dass der Antrag zunächst in den Hauptausschuss am 26. April gelange und von dort in den Planungsausschuss am 18. Mai verwiesen werde. Selbst im Hauptausschuss hätten etwaige Fristen keine Rolle gespielt. Und auch in der Hauptsatzung der Stadt Gütersloh finde sich kein Hinweis darauf.

Droht jetzt womöglich eine juristische Auseinandersetzung? Die Initiative hat jedenfalls die Verwaltung um eine schriftliche Erklärung gebeten, die auch einer rechtlichen Prüfung durch die Kreisaufsicht standhalte. „Wir vertreten hier eine stetig größer werdende Gruppe von bisher 600 Unterzeichnern, die Politik- und Verwaltungshandeln gern nachvollziehen möchten.“

Riesenansturm auf Hotline des Impfzentrums

Das angekündigte Ende der Impfpriorisierung sorgt für viele Nachfragen beim Kreis.

■ **Gütersloh.** Die Ankündigung von Gesundheitsminister Jens Spahn, die Impfpriorisierung ab dem 7. Juni bundesweit aufheben zu wollen, hat einen Ansturm auf die Hotline des Impfzentrums des Kreises Gütersloh ausgelöst. Seit Dienstagmorgen würden die Telefone nicht mehr stillstehen, heißt es in einer Mitteilung der Kreisverwaltung. Viele Anrufer wollen schnellstmöglich einen Impftermin für Juni buchen. Dass dies aber noch nicht möglich sei, wollten viele nicht verstehen. „Wir können noch keine Termine für alle Impfwilligen vergeben. Wir müssen auf den Erlass des Landes Nordrhein-Westfalen warten“, erklärt Bernhard Riepe, Leiter des Impfzentrums. Erst wenn der Erlass vorliege, könne das Impfzentrum ohne Priorisierung impfen. Riepe: „Viele Personen können das leider nicht nachvollziehen und bestehen auf einen Impftermin. Unssind aber die Hände gebunden.“

Weitere Anrufer wollen laut Kreisverwaltung ihren Zweittermin im Impfzentrum verschieben – in den meisten Fällen vorziehen, um den vollständigen Impfschutz eher zu erhalten. Einige Impflinge versuchten bereits vergeblich, ihren Termin beim Hausarzt zu verschieben. So wie der Hausarzt das nicht leisten könne, könne auch das Impfzentrum eine Terminverschiebung nicht umsetzen. Die Impftermine seien verbindlich und können nicht verschoben werden, da dies mit einem enormen organisatorischen Aufwand verbunden sei. „Wir können die Termine nur in Ausnahmefällen verschieben. Ein Grund ist zum Beispiel eine Operation. Den Termin aufgrund von Urlaubsreisen zu verschieben, ist nicht möglich“, stellt Riepe klar.

Die Hotline des Impfzentrums ist aufgrund der zahlreichen Anrufe ausgelastet, die Wartezeit beträgt laut Kreisverwaltung rund 30 Minuten. Die Hotline ist für Fragen zur Coronaschutzimpfung eingerichtet worden. Terminbuchungen für impfberechtigte Gruppen erfolgen nicht über die Hotline, sondern über die Kassenärztliche Vereinigung

Westfalen-Lippe (KVWL). Derzeit sind die über die KVWL buchbaren Termine bis Ende Mai ausgebucht. Durch Absagen könne es immer wieder Termine frei würden und buchbar seien.

Wer seinen Impftermin nicht wahrnehmen kann oder schon ein Angebot vom Hausarzt bekommen hat, sollte seinen Termin stornieren. Da die Telefonleitungen des Impfzentrums des Kreises Gütersloh derzeit überlastet sind, hat die Kreisverwaltung die E-Mail-Adresse hotline.impfzentrum@kreis-guetersloh.de eingerichtet. Unter der E-Mail-Adresse können lediglich Absagen bearbeitet werden.

Termin-Schwänzer verzögern Impffortschritt

Laut Kreisverwaltung kommt es derzeit immer häufiger vor, dass gebuchte Termine nicht wahrgenommen werden. Am vergangenen Wochenende waren es mehr als 200. „Das ist ärgerlich und blockiert den Ablauf. Wenn die Termine frühzeitig wieder freigegeben werden, können andere impfberechtigte Personen diese buchen“, erklärt Bernhard Riepe.

Viele impfberechtigte Personen haben bereits durch ihren Haus- oder Facharzt ein Impfangebot erhalten. Das beschleunige den Impffortschritt allerdings nur dann, wenn die Termine im Impfzentrum anderweitig vergeben werden können. „Wenn Sie bereits vom Hausarzt geimpft wurden oder bald werden und Ihren Impftermin im Impfzentrum nicht mehr benötigen, sagen Sie diesen bitte in jedem Fall ab“, appelliert Riepe. Nur so könne der Impfstoff bedarfsgerecht eingeteilt werden, und weitere impfberechtigte Personen erhalten dann ein Impfangebot.

Gebuchte Termine an Dritte weitergeben funktioniert laut Kreisverwaltung nicht. Nur wer namentlich beim Impfzentrum angemeldet sei und seine Impfberechtigung nachweisen könne, werde geimpft.

Workshops in der Kunstaussstellung

■ **Gütersloh.** Die Ausstellung „Blickwinkel“ in der Serpil-Neuhaus-Galerie an der Hohenzollernstraße 35 kann noch bis zum 30. Mai besichtigt werden. Fünf Malerinnen, zwei Bildhauerinnen und ein Objektkünstler präsentieren einen Querschnitt ihres Schaffens und deuten dabei auf unterschiedliche Sichtweisen und Interpretationen ihres Kunstverständnisses hin.

Während der Öffnungszeiten bieten Serpil Neuhaus und Izabel Riello-Peter an den folgenden beiden Wochenenden Workshops zum „Malen mit Pastellkreiden“ an. Die Teilnahme ist kostenfrei. Das Angebot richtet sich an Kinder und Jugendliche ab zehn Jahren. Anmeldung unter Tel. (0 52 09) 49 44.

Digitales Yoga bei der Volkshochschule

■ **Gütersloh.** Die Volkshochschule bietet ab Donnerstag, 27. Mai, 17.30 Uhr, einen digitalen Yogakurs mit fünf Terminen über Zoom an. Anmeldung unter Tel. (0 52 41) 82 29 25 oder www.vhs-gt.de.

Bauzaun-Barrikade bleibt bis Mitte Juni stehen

Hofeigentümer am Ulrikenweg in Avenwedde sperren seit einem Monat ungebetene Gäste aus. Besonders bei ihren Tieren zeigt das Wirkung.

Christian Bröder

■ **Gütersloh.** Achtung, Sperrzone! Auch über Pfingsten bleibt der 300 Meter lange Feldweg, der die Dalkepromenade und den Ulrikenweg in Avenwedde miteinander verbindet, geschlossen. Wie berichtet hatten Landwirtin Angelika Eikelmann-Diekhans (50) und ihre Familie bei Ebay erworbene Bauzäune auf ihrer Hofanlage aufgestellt, um unliebsame Gäste fernzuhalten. Passanten hatten sich dort über Monate völlig daneben benommen. Jetzt bleiben sie fern. Die Barrikaden versperren ihnen den Weg, allerdings auch Spaziergängern, Walkern und Joggern. Wie lange noch?

Testphase ab der zweiten Juniwoche

Die Bauzäune hat die Eigentümer-Familie „wegen der vielen Feiertage“ über den kompletten Monat Mai stehen lassen. Für die vielen Menschen, die sich an die Regeln halten und den Weg gerne nutzen würden, tut es Angelika Ei-



Schilder allein reichen nicht: Angelika Eikelmann-Diekhans sperrt seit einem Monat mit Bauzäunen einen Feldweg auf ihrem Grundstück, um unliebsame Besucher fernzuhalten. FOTO: ANDREAS FRÜCHT

kelmann-Diekhans grundsätzlich leid. Deshalb stellt die Hofeigentümerin nun auch ein Ende des „Sperrgebietes“ in Aussicht: „Wir planen, die Bauzäune in der zweiten Juniwoche zu entfernen. Dann sollten wir mal versuchen, ob es auch langfristig so ruhig bleibt.“ Wenn nicht, will die Landwirtin künftig rigoros vorgehen: „Wer sich nicht an die Spielregeln hält, der wird angezeigt. Basta!“

Dass noch vor wenigen Wochen ungefragt Stallungen be-

treten, Müll und Unrat verstreut oder Tiere mit Steinen beworfen wurden, davon ist keine Spur mehr, seit am 21. April die zwei Meter hohen und drei Meter breiten Absperrgitter aufgestellt worden sind. „Wir haben hier mittlerweile völlige Ruhe. Das macht sich besonders bei unseren Tieren bemerkbar. Sie sind deutlich entspannter und nicht mehr so nervös wie noch vor ein paar Wochen“, sagt Angelika Eikelmann-Diekhans. Die zwei Hofhund-Terrier „Bella“ und

„Stella“ würden kaum noch bellen, weil eben keine Fremden mehr „einfach so unsere Anlage betreten“.

Pferde sind spürbar ruhiger geworden

Die Pensionspferde seien ebenfalls spürbar ruhiger geworden, wie ihre „Reitermädels“ berichten würden. Ihre eigene Haflinger-Stute „Nori-na“ könnte nun ganz entspannt ihr junges Mutter-Dasein mit Fohlen „Meddox“ genießen. Auch die familieneigenen Shetland-Ponys „Olli“ und „Cappuccino“, die als negativer Höhepunkt der Vorkommnisse von vier Kindern „für einen Spaziergang“ von der Koppel entführt worden waren, würden die Ruhe genießen. Ebenso die Hühner, die seit Dienstag mit der Aufhebung des Status der Geflügelpest-Beobachtungszone wieder frei herumlaufen dürfen. Ausgesperrt bleiben aktuell aber weiterhin die ungeliebten Gäste, die sich nicht benehmen können – vorerst jedenfalls.

Bündnis fordert Wohnheim für Azubis

Der Kreis soll Realisierung einer solchen Einrichtung prüfen.

■ **Gütersloh.** Aus dem Kinderzimmer und dem Elternhaus ausziehen – das wollen laut DGB-Ausbildungsreport zwei Drittel der Auszubildenden, allerdings können sich nur 23 Prozent diesen Wunsch erfüllen. Der Grund dafür seien die immer teurer werdenden Mieten, die mit einer durchschnittlichen Auszubildendenvergütung kaum zu bezahlen sind. „Bei uns im Unternehmen kommen viele Azubis von weiter her und müssen zum Teil weite Wege zur Arbeit hinnehmen oder hohe Mieten bezahlen“, berichtet Henri Röttger, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Miele. Daher setzt sich das Bündnis Azubi-Wohnen seit seiner Gründung im November 2018 für die Errichtung eines Azubi-Wohnheims in Gütersloh ein.

Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und vielen Gesprächen hat das Bündnis auf

das Thema aufmerksam gemacht. Im nächsten Schritt soll nun die Politik vor Ort in die Pflicht genommen werden, heißt es in einer Mitteilung. An den Kreis Gütersloh ging die Anregung, die Realisierung eines Azubi-Wohnheims im Kreis Gütersloh zu prüfen. „Da Azubi-Wohnheime noch nicht so verbreitet sind wie beispielsweise Studierendenwohnheime, erfordert deren Errichtung die Überprüfung weiterer konzeptioneller Fragen“, erklärt Jana Ramme von der IG-Metall-Jugend Gütersloh-Oelde.

Das Bündnis ist davon überzeugt, dass der Kreis Gütersloh mit seinen vielen Unternehmen, die eine Ausbildung anbieten, in der Lage sei, solch ein Projekt zu stemmen. „Attraktiver Wohnraum für Azubis ist auch ein echter Wettbewerbsvorteil für die heimische Wirtschaft“, so Juso-Vorsitzender Matthias Haverland.